

Ausstieg nicht auf Kosten von Natur und Landschaft

45 Jahre nach dem Inkrafttreten des Natur- und Heimatschutzes in der Schweiz stehen hart erkämpfte Errungenschaften aufgrund kurzsichtiger Energiedebatten auf dem Spiel. Die Energiewirtschaft macht es sich leicht, indem sie den schwarzen Peter den Umweltverbänden zuspielt.

Es ist höchste Zeit, den Ausstieg aus der Atomenergie zu beschliessen. Eine lebensfeindliche Art Strom zu produzieren hat ausgedient. Diese Ansicht teilt wohl mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung. Bei der Frage, wie der Ausstieg umgesetzt werden soll, ist eine konstruktive, sachorientierte und weitsichtige Debatte nun zentral. Eine gesellschaftspolitische Diskussion zur Interessenabwägung zwischen dem Naturschutz und der Energiegewinnung ist zwingend notwendig.

Werte erhalten

1962 wurde mit einer grossen Mehrheit der Natur- und Heimatschutzartikel in die Bundesverfassung aufgenommen. 1966 folgte das entsprechende Bundesgesetz und am 6. Dezember 1987 sprach sich die Schweizer Bevölkerung mit der Annahme der Rothenthurm-Initiative klar für einen Schutz der Moore und Moorlandschaften aus. Dank dieser fortschrittlichen Gesetzgebung konnten bis heute trotz des enormen Drucks eine ganze Zahl noch intakter Gewässer, Moore, Trockenwiesen und Landschaften vor Beeinträchtigung geschützt werden. Die einzigartige und faszinierende Greina-Hochebene ist nur ein Beispiel unter vielen, das dank einem fortschrittlichen und weitsichtigen Natur- und Landschaftsschutz erhalten werden konnte und sich heute grosser Beliebtheit unter Naturbegeisterten erfreut.

Gesellschaftspolitische Diskussion

Diese in Jahrzehnten geschaffenen Werte drohen nun, in einem faulen Kompromiss unserem Energiehunger geopfert zu werden. Bereits wird in öffentlichen Debatten weniger Natur- und Heimatschutz gefordert, um ungehindert den Totalausbau der Wasserkraft in der Schweiz zu vollziehen. Bevor wir uns jedoch auf solche Diskussionen einlassen, gilt es in einem ersten Schritt eine ernsthafte gesellschaftspolitische Diskussion darüber zu führen, welcher Energieverbrauch wirklich notwendig, sinnvoll und mit den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist. Dem Ergebnis dieser Diskussion haben konkrete politische Schritte zu folgen.

Spielregeln schaffen

Die Vergangenheit zeigt es mit beschämender Deutlichkeit: Der Mensch verzichtet höchst ungern. Diese Binsenwahrheit verpflichtet uns neben Anreizsystemen klare Regeln im Energieverbrauch zu formulieren und zu verabschieden. In der Schweiz könnten durch den Ersatz von 240'000 Elektroheizungen und einer Million Elektroboilern rund 3'500 GWh Strom eingespart werden, was mehr als der Jahresproduktion des Atomkraftwerks Mühleberg entspricht. Was liegt da näher, als diese bis in 10 Jahren zu ersetzen? Es muss uns mit klaren Regeln und Anreizen gelingen, die ganze Gesellschaft zu umweltgerechtem und energiebewusstem Handeln zu bewegen. Ergänzt mit intelligenter Technik zur Verbesserung der Energieeffizienz schaffen wir den Ausstieg auch ohne unnötige und erneut kurzfristige Opfer zulasten von Klima, Natur und Landschaft.

** Stefan Kunz ist seit Dezember 2009 Geschäftsführer des Rheinaubundes. Einer nationalen Gewässerschutzorganisation mit Sitz in Schaffhausen.*